



Blick zurück nach vorn (1):

Wir erwarten Transparenz und Teilhabe

Der Verkauf von BS ENERGY war der erste Sündenfall – scheinbar eine Wohltat zur Schuldentilgung, dürften die entgangenen Gewinne die Erlöse bald übersteigen.

Fotos(2): Stefan Vockrodt

Etwas lebendiger waren sie, die letzten fünf Jahre im Rat. Das bequeme Durchregieren des Dr. Hoffmann war nicht mehr möglich und allmählich lichtet sich der Nebel Hoffmann'scher Plünderungspolitik. Doch: Erwachte die Braunschweiger Lokalpolitik aus über zehnjähriger Starre? Und: Was erwartet uns in der nächsten Ratsperiode?

Was hatte man nicht alles orakelt in der Ratsbruderschaft von CDU und SPD. Gerade war die Piratenpartei für fünf Jahre in den Rat gewählt worden, die FDP fast rausgeflogen und an die BIBS, die erstmalig im Rat bestätigt wurde, hatte man sich noch lange nicht gewöhnt. Das konnte im Grunde nur im Chaos enden bei so einer bunten Truppe.

Da war es gut, dass sich CDU, SPD und Oberbürgermeister (OB) Hoffmann gut verstanden und weiter aus einer Tasse tranken. Als Gert Hoffmann 2014 dann pensioniert wurde, änderte sich zunächst nur der Ton. Der Mensch mit dem eiteln, despotischen Gehabe war pensioniert worden. Folgerichtig kam der tüchtige Ulrich Markurth, Urgewächs der SPD, in den Genuss der Amtskette des Oberbürgermeisters.

Es geht hier nicht darum, einem ehemaligen OB nachzutreten. Das wäre weder anständig noch zielführend. Aber die 13 Jahre Hoffmann werfen einen langen Schatten und zeigen entsprechend langfristige Auswirkungen, insbesondere bei städtischen Vermögen und bei den Schulden der Stadt. Insofern ist

die Ära Hoffmann nicht vorbei und wird weiter Thema in Diskussionen sein.

Die Kuschelbude

Die Ratsperiode nach Hoffmann war subjektiv geprägt von: Tust du mir nichts, tu ich dir nichts! Hoffmann musste geschützt werden und bekam, im Einvernehmen zwischen SPD und CDU, den Vorsitz bei der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz (SBK). Ein Posten mit viel kulturpolitischem Einfluss, weil die SBK viel Vermögen verwaltet und Geld ausgeben kann. Wie sich durch den Landesrechnungshof nun eben erst gezeigt hat, wird Geld in hohem Maße zur Selbstdarstellung ausgegeben: für weit gespannte Kulturpolitik und Ausgaben am Stiftungszweck vorbei.

Die Ära der Hoffmann'schen Geldverschwendung, man denke nur an die Millionen für Gutachten, ist also noch nicht vorbei. Aber Hoffmanns Nachfolger Ulrich Markurth, SPD, und die CDU entwickelten Beschützerinstinkte und deckten all die finanziellen Machenschaften aus früheren

Zeiten. Sobald auch nur ein Funken Kritik an Hoffmann geäußert wird, wirft sich die CDU in die Bresche und verteidigt ihre vermeintliche Finanzkone – wie immer natürlich bar jeglicher tiefeschürfenden Kenntniss.

Das war's an Politik in den letzten Jahren von der kommunalen CDU. Außer für den Ikonenschutz tat sie ihre Pflicht, um das gebotene Stimmrecht im Rat auszuüben. Impulse oder Ideen waren früher nicht angesagt (das machte alles Hoffmann), und in den letzten Jahren schon gar nicht. Da fragt man sich doch, warum gibt es die kommunale CDU eigentlich? Doch diese Frage ist gefährlich, weil die Antwort rasch nach Rechtsaußen zu den ganz Unzufriedenen führt.

Aktiv war man beim Schuldenmachen

Insgesamt wurden durch die Privatisierungspolitik unter Hoffmann 750 Mio. Euro in 15 Jahren verspielt. Schuldscheine aus der Abwasserprivatisierung und die Teil-Plünderung der städtischen Nibelungen-Wohnbau sind noch nicht einmal inbegriffen. Ein paar Beispiele:

Spaßbad: In einer Umfrage engagierten sich Zehntausende von Bürgern gegen das sog. Spaßbad. Erwartungsgemäß sind die Kosten aus dem Ruder gelaufen. 35 Mio. Euro Baukosten, statt prognostizierter 17 Mio. Euro. Nebenbei bemerkt: Die Sanierung des Hallenbades Gliesmarode hat etwa 6 Mio. Euro gekostet und nicht, wie von der Stadt prognostiziert 12 Mio. Euro. Das zu den Rechnereien der Stadt, auf die sich die Parteien verlassen sollen.

Die Stadtverwaltung errechnet rund 316 Euro pro Kopf Schulden. Das Rechnungsprüfungsamt kommt einschließlich der Schuldscheine aus dem Schul-PPP auf 664 Euro pro Person. Und die in der Regel gut informierte BIBS rechnet mit allen Schuldscheinen der Stadt: ergibt 2.120 Euro Schulden pro Kopf.

Flughafen-Ausbau: über 5 Mio. Euro Defizit für 2016 erwartet.

Schlossmuseum: statt prognostizierter 1 Mio. Besucher jährlich, kommen 3.000 Besucher pro Jahr seit 2010, täglich im Schnitt nur 19! Dafür gibt es unkündbare Zuschüsse an die Borek-Stiftung von jährlich rund 300.000 Euro.

Veolia-Spekulationen mit Börsen-Strom, die beim Stadthaushalt seit 2012 zu Einnahmeverlusten von 17 Mio. Euro führen.

Feuerwehr-Service-Zentrum: Die Privatisierung machte nicht mal vor der Feuerwehr halt. 900.000 Euro an Investitionen sollten durch Privatisierung gespart werden, geworden sind es schließlich – zulasten der Stadt – 1,8 Mio. Euro. Der „Businessplan“ von KPMG scheiterte. Trotzdem hat die Beratergesellschaft KPMG dafür 109.000 Euro von der Stadt kassiert.

Das Geld fehlt heute, und der Bürger sollte nicht vergessen, warum es fehlt.

Wie hoch sind wir verschuldet?

So genau weiß man das nicht, oder man will es nicht wissen: Die Stadtverwaltung rechnet gerundet mit 79 Mio. Euro Schulden, geteilt durch 250.000 Köpfe ergibt 316 Euro pro Kopf. Das Rechnungsprüfungsamt rechnet einschließlich der Schuldscheine aus dem Schul-PPP: 166 Mio. Euro, geteilt durch 250.000 Köpfe sind das 664 Euro pro Person. Die durch Akteneinsicht und Sachverstand in der Regel gut informierte BIBS rechnet mit allen Schuldscheinen der Stadt: 530 Mio. Euro, geteilt durch 250.000 Köpfe ergeben 2.120 Euro pro Kopf.



Immerhin ein sichtbarer Fortschritt: Wildkräuter dürfen wieder am Straßenrand gedeihen. Über die „Pustelume“ freuen sich Kinder.

Natürlich hat die CDU das alles wort- und klaglos mitgemacht, denn Gert Hoffmann ist ja ihr Finanzwunder-Guru. Die CDU ist ihrem Anspruch, eine gute Haushälterin zu sein, nicht gerecht geworden, hat ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Ist schuldig, weil sie Kontrolle nicht ausgeübt hat und Transparenz nicht haben wollte.

Mittäterschaft der SPD

Rätselhaft ist, warum die SPD das teilweise mitgemacht hat. Auch sie machte den Schuldenberg nicht öffentlich, und sie hat den geforderten Kassensturz nicht durchgeführt, als Ulrich Markurth Oberbürgermeister wurde. Mindestens ein Kassensturz musste von ihr erwartet werden. Aber nein, die SPD musste sogar zum Jagen getragen werden, wobei die Betonung auf „tragen“ liegt. Es war ihr eher peinlich, ja sie wurde regelrecht zynisch oder gar sauer, wenn Bürger wie Matthias Witte auf massive Fehler im Vermögenshaushalt und Fehlberechnungen durch die KPMG zulasten der Stadt hinwiesen. Als Außenstehender hatte man den Eindruck, dass es Absprachen gab zwischen den Kuschelpartnern. Siehe oben: Tust du mir nichts,...

Der Verkauf des Vermögens der Stadt hat bis heute undurchschaubare Folgen. Er verursacht Kosten, auf die mindestens die BIBS, die Linke und Bürgerinitiativen schon frühzeitig hingewiesen haben. Die Privatisierungen sind konsequent von neoliberalen Ideologen mit Unterstützung teurer Beraterfirmen durchgesetzt worden, mithilfe der kommunalen und der überregionalen Medien. Ein geradezu klassisches Vorgehen,

das bis jetzt nicht einmal im Ansatz aufgearbeitet wurde.

Wege zu mehr Identität der Stadt

Es ist schwer, in der Stadtpolitik Propaganda von Realität zu unterscheiden. Die Propagandaabteilung in der Stadt ist extrem aufgebläht (Stadtmarketing). Der nüchterne jährliche Verwaltungsbericht wurde stattdessen aus Kostengründen abgeschafft. Die SPD könnte ihn ja mal im Rahmen der Verwaltungsklarheit und Wahrheit wieder aufleben lassen. Dazu sollte zukünftig ein Bericht erscheinen, wie das Stadtmarketing die Initiativen der Bürger unterstützt, die für ein positives Image der Stadt sorgen – und das oft auch noch aus privaten Mitteln –, weil vielen Bürgern die Stadt am Herzen liegt.

Die großen Parteien in der Stadt haben sich nicht geöffnet. Es steht nun endlich an, dass die Parteien, gemeinsam mit den engagierten Bürgern der Stadt, unsere Stadt gestalten. Der eingeführte Bürgerhaushalt ist ein erstes zartes Pflänzchen und die Aktion „Denk deine Stadt“ ein zweites. Wird das Pflänzchen kein stabiler Baum, wird es als Alibi-Aktionismus verdorren.

Die Stadt braucht eine unverwechselbare positive Identität. Diese muss nachhaltig wirken, und sich ständig weiterentwickeln. In 13 Jahren Hoffmann ist es trotz Einsatz von Marketing-Millionen nicht gelungen, der Stadt ein spannendes, junges, zukunftsorientiertes Gesicht zu geben. Für was steht unsere Stadt? Was ist unverwechselbar? Wohin geht sie? Was ist das für ein Marketing, wenn nicht mal Ansätze zu erkennen sind, welches Image

die Stadt haben soll und wofür unsere Stadt steht?

Impulse aus der Bevölkerung

Vom Stadtmarketing, das durch kurzatmige Events an möglichst vielen offenen Sonntagen versucht, Menschen zum Konsum anzuregen, ist nichts Identitätsstiftendes zu erwarten. Die entscheidenden Impulse können nur aus der Bevölkerung kommen. Wie zum Beispiel die faire Stadt Braunschweig in der bundesweiten Fair Trade Town-Bewegung. Das gäbe es nicht ohne die Kompetenz des Vereins „Fair in Braunschweig“.

Es ist schwer, in der Stadtpolitik Propaganda von Realität zu unterscheiden. Der nüchterne jährliche Verwaltungsbericht wurde aus Kostengründen abgeschafft. Künftig sollte ein Bericht erscheinen, wie das Stadtmarketing Initiativen der Bürger unterstützt, die für ein positives Image der Stadt sorgen, weil vielen Bürgerinnen die Stadt am Herzen liegt.

Bei den Bürgern und ihrem Engagement liegt der Schatz, den es zu heben gilt. Und die imaginären drei Schlüssel zu dieser Schatztruhe sind Transparenz, Partnerschaft und Finanzierung. Da hat die Stadt eine Bringschuld. Die Unterstützung von Bürgerprojekten mit Außenwirkung ist wegweisend. Das weiß man längst, doch vielleicht verschieben sich die Prioritäten der Ratsmitglieder im Laufe ihrer Ratsarbeit. Posten, am

besten bezahlte, rücken mehr in den Mittelpunkt und manch eine strebt nach Höherem: in den Landtag, mit viel Ehre und Pensionsberechtigung nach acht Jahren. Dann verliert man leicht die Bodenhaftung und zieht sogar als Braunschweiger Abgeordneter gleich nach Hannover.

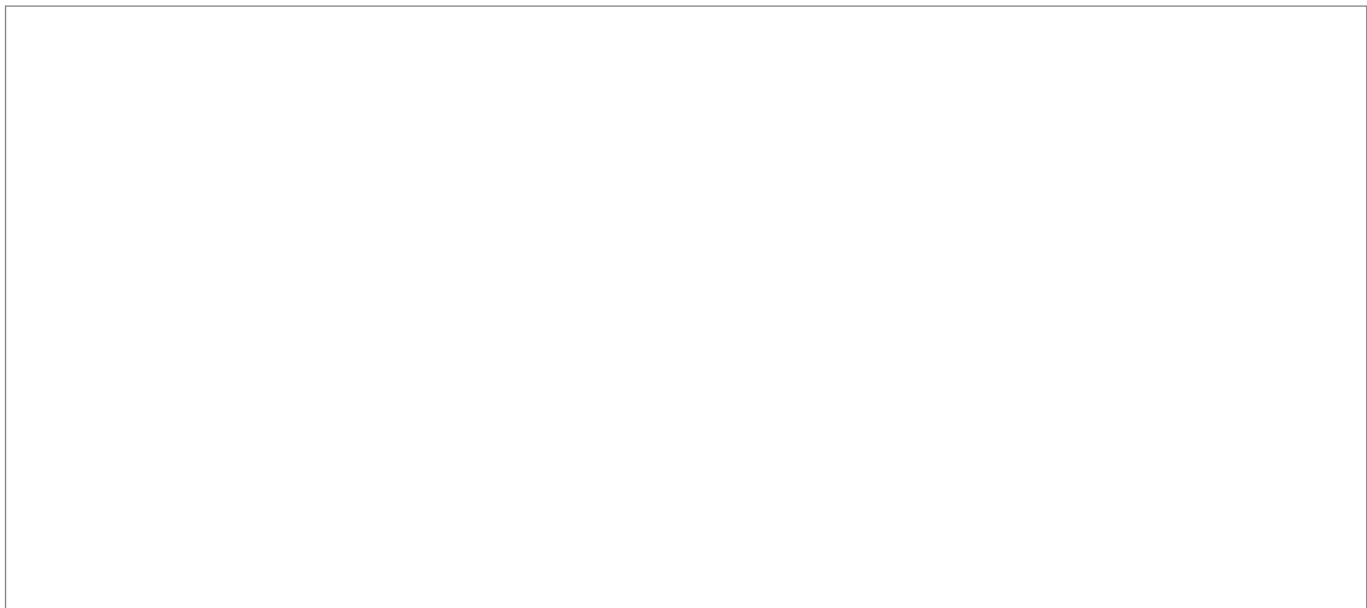
Beeindruckend ist die enorme Hilfeleistung, die Bürger und Vereine den Flüchtlingen unaufgefordert zukommen ließen. Diese großartige Leistung zeigt doch den Verantwortlichen im Rathaus und den Parteien, dass unsere Bürger Verantwortung übernehmen können und wollen. Da erwarten wir engagierten Bürger mehr Vertrauen von unserer Stadt und ein deutliches Mehr an finanzieller Hilfestellung für Projekte, die unserer Stadt nutzen.

Die Stadt den Bürgern

Als Bürger möchte man rufen: Traut den vielen jungen, kreativen Menschen in der Stadt doch mal was zu, ohne dass sie gleich in eine vermuffte Partei eintreten müssen. Nur durch Teilhabe an städtischer Entscheidung und Entwicklung ist Rechtsradikalismus zu verhindern. Kommt mal raus aus dem Rathaus, geht auf die Menschen zu, zum Beispiel jeden Samstag auf den Kohlmarkt. Und nicht nur zum kurzatmigen Wahlkampf mit Luftballon und Filzschreiber.

Sozialer Wohnungsbau

Die Ideologie des Neoliberalismus beim Wirtschaften trieb schon vor vielen Jahren den kommunalen sozialen Wohnungsbau in den Tod. Dieses demokratiezersetzende, neoliberale Gedankengut, das sich





Vertrau keinem Plakat, so richtig die Botschaft, so groß der Aufwand. Ob Piraten und FDP im kommenden Rat vertreten sind? Foto: Stefan Vockrodt

nicht an Werten, sondern nur am Geld orientiert, ist noch heute bei den etablierten Parteien im Rathaus verankert. Nur dadurch war es möglich, dass der Rat vor einigen Jahren den Verkauf von 1.000 Wohnungen der NiWo zum Schleuderpreis von 18.000 Euro das Stück bewilligte, damit das sogenannte „Braunschweiger Haushaltswunder“ Bestand haben konnte. Wann fließt das Geld von der Stadt an die NiWo zurück? Wir brauchen schließlich preiswerten Wohnraum. Kümmert euch im Rat darum, oder soll Extremrechts noch ein Thema haben.

Beindruckend die enorme Hilfeleistung, die Bürgerinnen und Vereine den Flüchtlingen unaufgefordert zukommen ließen. Diese großartige Leistung zeigt doch den Verantwortlichen im Rathaus und den Parteien, dass unsere Bürger Verantwortung übernehmen können und wollen. Da erwarten wir engagierten Bürgerinnen mehr Vertrauen von unserer Stadt und ein deutliches Mehr an finanzieller Hilfestellung für Projekte, die unserer Stadt nutzen.

Nun plant die CDU kurzfristig, und vor allem schnell, zusätzliche Baugebiete für Eigenheime auszuweisen. Ist der Partei nicht klar, dass Eigenheime energetisch und flächenmäßig höchst ineffizient sind? Wenn schon, dann verdichtetes Bauen, aber nicht auf Ackerflächen, die wir für unsere Zukunft brauchen. Es dürfte auch der sogenannten konservativen Partei einleuchten,

dass fruchtbarer Boden zu erhalten und zu pflegen ist. Von was sollen denn sonst unsere kommenden Generationen leben?

Es ist ausdrücklich zu loben, wie die Verwaltung, politisch gestützt von der SPD, über die Bürgerbeteiligung „Bündnis für Wohnen“, an das Problem soziales Wohnen herangeht. Es wird sich zeigen, was in die Praxis umgesetzt wird, denn die Erfahrungen von Mietern mit den Wohnungsbaugesellschaften sind nicht die besten. Es muss nicht immer modernster Standard zu den anschließend entsprechend hohen Preisen sein. Das sollten sich vor allem die Baugenossenschaften merken, denn die Sozialverpflichtung steht in deren Satzung. Vielleicht sollten die Vertreter der Parteien, die in den Aufsichtsräten sitzen, mal darauf achten, dass Wohnraum für die niedrigen Einkommen zur Verfügung steht. Das scheint nicht selbstverständlich zu sein.

Uwe Meier

Webtipps

Informationen über die aktuelle Politik im Stadtrat gibt es unter: www.braunschweig.de/politik_verwaltung/politik/ratderstadt/index.html

Die Parteien und Fraktionen, die derzeit im Braunschweiger Stadtrat vertreten sind, finden sich

- die SPD auf www.spd-braunschweig-stadt.de
- die CDU www.cdu-braunschweig.de/index.html
- Bündnis 90/Die Grünen unter www.gruene-braunschweig.de
- die Linke www.die-linke-bs.de
- die BIBS auf www.bibs-fraktion.de
- die Piraten unter www.piratenpartei-braunschweig.de
- und die FDP www.fdp-braunschweig.de

